



Tischvorlage für die Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstandes, des  
Fraktionsvorstandes und der Fraktion am 13. September 2010

**17/387**

## ***Schwarz-Gelbe Heuchelei: Integration fordern, bei Integrationspolitik streichen***

### **Übersicht**

<b>1. Vernachlässigung der frühkindlichen Bildung</b> .....	1
<b>2. Vernachlässigung von Schulsozialarbeit und Schüler-BAföG</b> .....	2
<b>3. Kürzung bei der Förderung von Ausbildungschancen</b> .....	2
<b>4. Vernachlässigung der Nachqualifizierung (Nachholen Schul-/Berufsabschluss) ...</b>	2
<b>5. Kürzung bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik</b> .....	3
<b>6. Streichung von Sozialleistungen (u.a. Elterngeld)</b> .....	3
<b>7. Kürzung bei der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse</b> .....	4
<b>8. Vernachlässigung der Integrationskurse und der Migrantenberatung</b> .....	4
<b>9. Kürzung bei der (inter-)kulturellen Bildung</b> .....	4
<b>10. Kürzungen beim Programm „Soziale Stadt“</b> .....	5
<b>11. Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft</b> .....	5
<b>12. Ablehnung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Ausländer</b> .....	5

### **1. Vernachlässigung der frühkindlichen Bildung**

Der frühe Besuch einer Krippe hat besonders für Kinder aus Migrantenfamilien einen erheblichen positiven Einfluss auf den späteren Bildungserfolg: Durch den Besuch einer Kinderkrippe erhöht sich für sie die Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen, um 55 % (Durchschnitt: 38 %).<sup>1</sup> Aber der Anteil der unter Dreijährigen mit Migrationshintergrund, die eine Einrichtung der Kindertagesbetreuung besuchen, liegt mit lediglich 6% signifikant unter dem Gesamtdurchschnitt von 13,5% (2007).<sup>2</sup>

**Die Bundesregierung gefährdet die Umsetzung des von der SPD durchgesetzten Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung für Unterdreijährige ab 2013 durch Untätigkeit,**

<sup>1</sup> Bertelsmann-Stiftung: Volkswirtschaftlicher Nutzen von frühkindlicher Bildung in Deutschland, Dez. 2008.

<sup>2</sup> Vgl. Erster Integrationsindikatorenbericht. Unterrichtung durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Berlin 10.06.2009 (BT-Drs. 16/13300), S. 35.

**lässt sowohl Eltern als auch Kommunen im Regen stehen und handelt damit auch integrationspolitisch unverantwortlich.<sup>3</sup>**

Die katastrophale Situation der Kommunalfinanzen und die steigende Nachfrage nach Krippenplätzen erfordern ein Nachsteuern bei der Finanzierung des Krippenausbaus. Die SPD fordert einen Gipfel aller staatlichen Ebenen zum Ausbau der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur.

## **2. Vernachlässigung von Schulsozialarbeit und Schüler-BAföG**

Wer eine erfolgreiche Integration durch Bildung will, der darf nicht erst am Abitur ansetzen. Die entscheidenden Weichen liegen vorher in der Schulbiografie – und hier hat diese Bundesregierung bisher versagt: **Als die SPD-Länder auf dem ersten Bildungsgipfel 2008 in Dresden dem Bund vorschlugen, gemeinsam einen flächendeckenden Ausbau der Schulsozialarbeit zur Unterstützung der Schulen auch in ihren integrationspolitischen Zielen zu leisten, war es Annette Schavan, die das rundweg ablehnte. Zweitens hat Schavan bisher auch die SPD-Forderung abgelehnt, flächendeckend ein bedarfsabhängiges Schüler-BAföG für alle Oberstufenschülerinnen und -schüler einzuführen. Auch hier lässt Schavan Chancen ungenutzt, insbesondere mehr Menschen mit Migrationshintergrund eine erfolgreiche Bildungsteilhabe zu ermöglichen.**

## **3. Kürzung bei der Förderung von Ausbildungschancen**

Die Ausbildungsquote von ausländischen Jugendlichen liegt mit 32,2 % deutlich unter der Quote deutscher Jugendlicher (68,2 %). „Selbst bei gleichem Ausbildungsziel, vergleichbaren Suchstrategien sowie bei gleichen schulischen Voraussetzungen haben Jugendliche mit Migrationshintergrund geringere Chancen, in eine vollqualifizierende Ausbildung einzumünden“.<sup>4</sup> Deshalb besteht nach wie vor „erheblicher Handlungsbedarf zur Verbesserung der Ausbildungschancen junger Menschen mit Migrationshintergrund.“<sup>5</sup>

**Aber die Bundesregierung kürzt bei der Berufsorientierung und bei der Ausbildungsförderung und trifft damit gerade auch Migrantinnen und Migranten. Allein beim BMBF werden u. a. 30 Mio. € zur Sicherung von Ausbildung in der Krise und in strukturschwachen Regionen gestrichen. Auch die Maßnahmen zur Berufsorientierung werden im Schavan-Haushalt um über 30 Mio. € gekürzt. Diverse Ausbildungsprogramme des BMBF müssen bluten.**

## **4. Vernachlässigung der Nachqualifizierung (Nachholen Schul-/Berufsabschluss)**

Junge Erwachsene mit Migrationshintergrund bleiben viel häufiger ohne Schul- oder Berufsabschluss:

- **Schulabschluss:** Ausländische Jugendliche verlassen mehr als doppelt so oft die Schule ohne Abschluss (15 %) wie deutsche Jugendliche (6,2 %).<sup>6</sup> Der Anteil der 20-24jährigen

<sup>3</sup> Die 82 Mio. €, die im BMFSFJ-Etat 2011 u.a. zur Förderung von Modellprojekten und Maßnahmen der Sprach- und Integrationsförderung im frühkindlichen Bereich vorgesehen sind, lösen nicht die Finanzierungsfrage beim Infrastrukturausbau.

<sup>4</sup> Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010, S. 190f.

<sup>5</sup> Berufsbildungsbericht 2010, S. 29.

<sup>6</sup> Zahlen für 2008, vgl. Berufsbildungsbericht 2010, S. 29.

mit Migrationshintergrund, die über keinen Schulabschluss verfügen, liegt mit 6,9 % (2008) beim Dreifachen der Vergleichsgruppe ohne Migrationshintergrund (2,3 %).<sup>7</sup>

- **Berufsabschluss:** 30,7 % der 20-30jährigen mit Migrationshintergrund, die sich nicht in einer Bildungsmaßnahme befinden, verfügten 2008 über keinen Berufsabschluss (Deutsche ohne Migrationshintergrund: 12,9 %).<sup>8</sup> Die Arbeitslosenquote von Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung liegt bei Ausländern mit 75,6 % deutlich höher als bei Deutschen (36 %) (Dez. 2009).<sup>9</sup>

**Die Förderung der Nachqualifizierung von Migrant/innen ohne Schul- oder Berufsabschluss ist ein zentraler Integrationsansatz. Aber die Bundesregierung verweigert sich der SPD-Forderung nach einer gesetzlichen Ausbildungsgarantie und ersetzt den von uns eingeführten Rechtsanspruch auf Förderung zum Nachholen des Schulabschlusses durch eine Ermessensleistung, mit dem Ziel, hier zu sparen.**

## **5. Kürzung bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik**

Die Arbeitslosenquote von Ausländer/innen lag 2008 im Jahresdurchschnitt mit 19,1 % mehr als doppelt so hoch wie bei deutschen Staatsangehörigen (8,3 %).<sup>10</sup> Nicht nur die SGB-II-Wirkungsanalyse fordert in ihren Handlungsempfehlungen, „den Rückstand von Ausländern beim Zugang zur Maßnahmeförderung (zu) überwinden.“<sup>11</sup>

**Doch die Bundesregierung konterkariert die Arbeitsmarktintegration durch ihren Angriff auf die aktive Arbeitsförderung. Die Umwandlung von Pflicht- in Ermessensleistungen im SGB II und SGB III ist mit massiven Kürzungen verbunden: Allein 2011 sollen 2 Mrd. Euro im Bundes- und BA-Haushalt gestrichen werden.**

Betroffen sind v.a. auch Bildungsleistungen in der Arbeitsmarktpolitik, darunter die Berufsausbildungsbeihilfe, die Förderung berufsvorbereitender Maßnahmen, die Unterstützung des nachträglichen Erwerbs des Hauptschulabschlusses oder das Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.

## **6. Streichung von Sozialleistungen (u. a. Elterngeld)**

Die soziale und wirtschaftliche Lage der in Deutschland lebenden Migranten und Migrantinnen ist im Schnitt noch immer deutlich schlechter als die Lage der Gesamtbevölkerung, die Armutsgefährdung deutlich höher. 2008 lag bei Personen mit Migrationshintergrund der Anteil derer, die unter der Armutsrisikoschwelle leben, bei 26,3 % (Personen ohne Migrationshintergrund: 11,8 %). Auch der Anteil der Langzeitarbeitslosen ist signifikant höher als bei Personen ohne Migrationshintergrund.<sup>12</sup> Besonders hoch liegt das Armutsrisiko bei Familien. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen ohne Migrationshintergrund, die von einem Armutsrisiko betroffen waren,

---

<sup>7</sup> Vgl. 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Juni 2010, S. 101.

<sup>8</sup> Vgl. Bildungsbericht 2010, Tab. B3-7web.

<sup>9</sup> Vgl. 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Juni 2010, S. 178.

<sup>10</sup> Vgl. 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Juni 2010, S. 177.

<sup>11</sup> Vgl. Wirkungen des SGB II auf Personen mit Migrationshintergrund. Studie im Auftrag des BMAS, 10/2009, Duisburg.

<sup>12</sup> Vgl. 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Juni 2010, S. 217ff.

betrug 2008 13 %. Bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist diese Quote mit 30,3 % mehr als doppelt so hoch.<sup>13</sup>

**Von den schwarz-gelben Sozialkürzungen im Rahmen des Sparpakets (u.a. Streichung des Elterngeldes für ALG-II-Empfänger/innen, Abschaffung der Beiträge zur Rentenversicherung beim ALG II, Wegfall der Heizkostenkomponente beim Wohngeld) sind gerade Migranten-Familien überdurchschnittlich betroffen. Die Bundesregierung verschlechtert dadurch die materiellen Voraussetzungen der Integration und Teilhabe bedürftiger Migrantinnen und Migranten sowie ihrer Kinder.**

### **7. Kürzung bei der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse**

Die Verbesserung der Anerkennung ausländischer beruflicher und akademischer Abschlüsse ist ein Schlüssel zur besseren Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten. Der 7. Migrationsbericht geht beispielsweise bundesweit von etwa 500.000 zugewanderten Akademiker/innen aus, deren Qualifikation nicht anerkannt ist und die daher nicht ausbildungsangemessene Tätigkeiten ausüben müssen.

**Ein Anerkennungsgesetz ist längst überfällig. Die Bundesregierung hat bislang nur Eckpunkte vorgelegt (Kabinett Dez. 2009) und eine Gesetzesinitiative zur besseren Anerkennung ausländischer Abschlüsse angekündigt. Allerdings kürzt die Bundesregierung jetzt die entsprechenden Haushaltsansätze beim federführenden BMBF.<sup>14</sup>**

### **8. Vernachlässigung der Integrationskurse und der Migrantenberatung**

Die Mittel für Integrationskurse müssten dringend aufgestockt werden. Doch die Mittel im Haushalt 2011 stagnieren, obwohl dem BAMF schon 2010 aus dem laufenden Haushalt 15 Mio. zusätzlich zur Verfügung gestellt werden mussten. Auch das reichte nicht. Teilnehmer ohne gesetzlichen Anspruch müssen derzeit mind. drei Monate auf einen Kurs warten. Außerdem kürzt die Bundesregierung bei der Migrationsberatung.

**Die Union kritisiert Integrationsverweigerung, stellt aber nicht das Geld zur Verfügung, integrationswillige Migranten zügig in einen Sprachkurs zu vermitteln. Das ist scheinheilig.**

### **9. Kürzung bei der (inter-)kulturellen Bildung**

In allen relevanten Unterrichtungen der Bundesregierung (Nationaler Integrationsplan, Migrationsbericht usw.) wird immer wieder betont, wie wichtig kulturelle Bildung als Faktor der Integration ist. **Tatsächlich aber kürzt die Bundesregierung bei der kulturellen Bildung.**

---

<sup>13</sup> Vgl. ebd., S. 223ff.

<sup>14</sup> Im EP 09 (BMW) ist für 2011 erstmals ein Titel „Fachkräftesicherung für kleine und mittlere Unternehmen“ (686 67) mit 9 Mio. € vorgesehen. Aus diesem Titel soll u.a. der Aufbau eines Informationsportals zur Umsetzung des geplanten Verfahrens zur Festsetzung und Bewertung ausländischer Qualifikationen finanziert werden, das in einer Pilotphase die Kammern bei der Umsetzung unterstützen soll. Erfolgsentscheidend ist allerdings die Beratung für Migranten, nicht die „Beratung für Berater“.

## **10. Kürzungen beim Programm „Soziale Stadt“**

2010 erhielten die Länder vom Bund 534 Mio. € zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen. Davon entfielen 2010 94,9 Mio. € auf das Programm Soziale Stadt, das aus den Mitteln der Städtebauförderung finanziert wird. 2011 wird der Gesamttitel um 44 % auf 305 Mio. € gekürzt und damit fast halbiert.

Die genaue Aufteilung der Einzeltitel erfolgt für 2011 erst mit der neuen Verwaltungsvereinbarung.<sup>15</sup> Allerdings ist davon auszugehen, dass auch das Programm „Soziale Stadt“ von massiven Kürzungen betroffen sein wird.

**Ein Kahlschlag beim Programm „Soziale Stadt“ würde voll durchschlagen auf die Aufwertung von Stadtteilen und Wohnbezirken, in denen Integrationsprobleme auftreten. Der gegenteilige Weg wäre richtig: Die Mittel für das von allen gelobte Vorzeige-Integrationsprojekt Soziale Stadt müssen aufgestockt werden.**

Gerade dieser sozialintegrative Ansatz wurde schon in der Haushaltsdebatte 2010 von Patrick Döring, FDP-Sprecher für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und Fraktionsvize, in Frage gestellt: *„Wir wollen uns darauf konzentrieren, mit dem Programm ‚Soziale Stadt‘ Investitionsmaßnahmen zu finanzieren. Die Zeit der nichtinvestiven Maßnahmen, zum Beispiel zur Errichtung von Bibliotheken für Mädchen mit Migrationshintergrund, ist vorbei, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das gab es zu Zeiten einer anderen Koalition.“*

## **11. Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft**

Seit 2008 werden zahlreiche in Deutschland geborene Kinder optionspflichtig. Wir setzen uns für die doppelte Staatsbürgerschaft ein. Die Bundesregierung hat lediglich angekündigt, die Erfahrungen mit der Optionspflicht zu evaluieren. Änderungen sind von der Bundesregierung nicht zu erwarten.

**Die Bundesregierung hält an einem Integrationshindernis für hier geborene Menschen fest.**

## **12. Ablehnung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Ausländer**

Wir fordern die Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer aus Nicht-EU-Staaten, die seit mindestens 6 Jahren in Deutschland leben.

**Die ablehnende Haltung der Bundesregierung ist integrationsfeindlich. Schwarz-Gelb verbaut Migrantinnen und Migranten den Weg, sich aktiv ins Gemeinwesen einzubringen.**

---

<sup>15</sup> Im Jahr 2009 sah die Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 105 Mio. € vor, für 2010 bereits nur noch 94,74 Mio. €.

## TABELLENANHANG

### Kürzung bei der Förderung von Ausbildungschancen

	Soll 2010	Reg.E 2011	Δ	Anmerkung
<b>EP 30 (BMBF) [in Mio. €]</b>				
Innovationen und Strukturentwicklung Berufliche Bildung (685 20)	68,2	88,4	-20,2	<b>Es stehen weniger Mittel für aktive Ausbildungsförderung in der Beruflichen Bildung beim BMBF zur Verfügung</b> , z.B. auch für Programm Jobstarter, hier u.a. für KAUSA (Koordinierungsstelle Ausbildung in ausländischen Unternehmen). Mehr Geld nur für „Bildungsketten“ (im Kern Ausbau der Berufseinstiegsbegleitung, von BM Scholz 2008 im SGB III eingeführt)
<b>darunter u.a.</b>				
Sicherung der Ausbildungsplätze in der Krise und in strukturschwachen Regionen	30	0	-30	Im HH 2010 neu eingeführt, aber nun <u>ohne jede Aktivität eingestellt</u> ; wäre integrationspolitisch nutzbar gewesen
Maßnahmen zur Berufsorientierung (BO)	50	18,5	-31,5	Implosion: darunter Zusammenbruch der vertieften BO ab Klasse 7 in Zusammenarbeit mit den rund 600 überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS) von 32,5 Mio. (soll 2010) auf 11,8 Mio.; diese wäre v.a. für Menschen mit Migrationshintergrund eine zusätzl. Chance, den Übergang in die Berufsausbildung besser zu schaffen.

### Kürzung bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik

<b>Einsparvolumina bei aktiver Arbeitsmarktpolitik (Haushaltsverfahren: Umsetzung Sparpaket) [in Mio. €]</b>				
	2011	2012	2013	2014
<b>Umwandlung von Pflicht- in Ermessensleistungen im SGB II / SGB III (Einsparungen im Bundes- und im BA-Haushalt)</b>	2.000	4.000	5.000	5.000
„Effizienzverbesserungen“ bei der Arbeitsvermittlung			1.500	3.000

Quelle: BMF (Stand 01.09.2010)<sup>16</sup>

	Ist 2009	Soll 2010	Reg.E 2011	Δ	Anmerkung
<b>EP 11 (BMA) [in Mio. €]</b>					
<b>Leistungen zur Eingliederung in Arbeit</b> , darunter v.a. Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II	5.902	6.600	5.300	-1.300	Die aktive Arbeitsmarktpolitik droht lahmgelegt zu werden.

<sup>16</sup> [http://www.bundesfinanzministerium.de/nn\\_3378/DE/BMF\\_\\_Startseite/Aktuelles/Aktuelle\\_\\_Gesetze/ Gesetz-entwuerfe\\_\\_Arbeitsfassungen/20100901-HHbegl\\_\\_anl2,templateld=raw,property=publicationFile.pdf](http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_3378/DE/BMF__Startseite/Aktuelles/Aktuelle__Gesetze/ Gesetz-entwuerfe__Arbeitsfassungen/20100901-HHbegl__anl2,templateld=raw,property=publicationFile.pdf)

## **Streichung von Sozialleistungen**

<b>Kürzungsvolumina bei Sozialleistungen</b> (Haushaltsbegleitgesetz: Umsetzung Sparpaket) [in Mio. €]					
		<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
Streichung des Elterngeldes für ALG-II-Empfänger/innen	Bund	450	450	440	420
	Kommunen	50	50	50	40
	Insgesamt	500	500	490	460
Abschaffung des befristeten Zuschlags beim Übergang vom Arbeitslosengeld in die Grundsicherung für Arbeitssuchende	Bund	210	210	210	200
Abschaffung der Beiträge zur Rentenversicherung beim ALG-II	Bund	1.850	1.840	1.830	1.750
Wegfall der Heizkostenkomponente beim Wohngeld	Bund	70	130	130	130
	Länder	70	130	130	130
	Insgesamt	140	260	260	260

Quelle: BMF (Stand 01.09.2010)<sup>17</sup>

## **Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse**

	<b>Soll 2010</b>	<b>Reg.E 2011</b>	<b>Δ</b>
<b>EP 30 (BMBF) [in Mio. €]</b>			
Untertitel des Titels „Innovationen und Strukturentwicklung Beruflichen Bildung“ (685 20), in dem auch „Anerkennung von berufl. Leistungen/Zertifikaten“ enthalten sind	27	11,4	-15,6
„Verbesserung Informations- und Beratungsstrukturen zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen“ (Untertitel des Titels „Weiterbildung und Lebenslanges Lernen“, 685 42)	5	3	-2

## **Kürzung bei der (inter-)kulturellen Bildung**

	<b>Soll 2010</b>	<b>Reg.E 2011</b>	<b>Δ</b>
<b>EP 06 (Bundeskanzleramt, hier BKM) [in Mio. €]</b>			
Kulturelle Vermittlung	2	1,2	-0,8
<b>EP 30 (BMBF) [in Mio. €]</b>			
kulturelle Bildung (im Titel 685 41: Stärkung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens)	2,4	1,8	-0,6

<sup>17</sup> [http://www.bundesfinanzministerium.de/nn\\_3378/DE/BMF\\_\\_Startseite/Aktuelles/Aktuelle\\_\\_Gesetze/ Gesetz-entwuerfe\\_\\_Arbeitsfassungen/20100901-HHbegl\\_\\_anl2,templateld=raw,property=publicationFile.pdf](http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_3378/DE/BMF__Startseite/Aktuelles/Aktuelle__Gesetze/ Gesetz-entwuerfe__Arbeitsfassungen/20100901-HHbegl__anl2,templateld=raw,property=publicationFile.pdf)